

Nachhaltigkeit vor Ort: Wie kann eine kommunale Infrastruktur und Daseinsvorsorge für die Familie von morgen aussehen?

Vortrag von Dr. Volker Hauff

im Rahmen der Fachtagung „Das Prinzip der Nachhaltigkeit“

des Familienbunds der Katholiken gemeinsam mit der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen (VI) der Deutschen Bischofskonferenz sowie mit der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg

am 18.10.2008

Sehr geehrte Präsidentin Elisabeth Bussmann,

Ich freue mich sehr, heute vor Ihnen sprechen und mit Ihnen über „Nachhaltigkeit vor Ort“ diskutieren zu können, denn bei diesem Thema fühle ich mich heimisch.

Ich selbst komme aus einer Familie mit fünf Kindern, ich bin Vater von zwei Kindern und lebe heute mit zwei Enkelkindern. Je älter ich werde, desto erstaunter bin ich wieviel die Alten von den Jungen lernen können. Als gebürtiger Schwabe habe ich die Fasnet zwar gekannt, um es mit einem banalen Beispiel zu sagen, aber was sich im Kölner Karneval abspielt, war mir zunächst völlig fremd. Als zugezogener Kölner habe ich erst durch meine Kinder den Karneval verstehen gelernt. Karneval ist eine Tradition und Traditionen werden an die nächste Generation weitergegeben und immer wieder mit neuem Leben erfüllt. Und damit sind wir mitten im Thema.

I

Jean Jaurès: Tradition heißt nicht, die Asche zu bewundern, sondern die Flamme am Leben zu halten.

Das Feuer am Leben erhalten, das heißt für die Nachhaltigkeitspolitik heute: Den Finger in die Wunde legen, auf Konflikte hinweisen und die Menschen zu ermuntern, neue Wege zu gehen.

Wenn wir über Nachhaltigkeit reden, dann reden wir über Gerechtigkeit gegenüber kommenden Generationen. In der Moderne lag die dominierende Orientierung noch auf den lebenden Generationen, allenfalls den Kindern. Jetzt allerdings, geht es um Nachhaltigkeit und die kommenden Generationen. Das ist neu. Das, was wir heute tun, hat Auswirkungen über unsere Lebenszeit hinaus – egal, ob als Politikerin, Würdenträger, engagierte Bürgerin oder Unternehmen. Wir beeinflussen mit unserem Tun heute die Umwelt, die unsere Kinder und Enkel vorfinden, die Wirtschaft, die eine verlässliche Lebensgrundlage schafft – oder auch nicht - und die Politik, die Menschen an Entscheidungen beteiligt oder sie übergeht. Egal, in welchem Bereich wir heute über unsere Verhältnisse leben, nehmen wir unseren Kindern und unseren Nachbarn in der Welt die Entwicklungsmöglichkeiten weg oder schaffen neue.

Als wir in der Brundtland-Kommission im Jahr 1986 nach einem Begriff suchten, der Umwelt-Ziele und Entwicklungs-Rechte auf einen Nennen bringen kann, da war der Gedanke naheliegend, auf den Begriff Nachhaltigkeit zurückzugreifen:

- Er wird überall auf der Welt verstanden.
- Er hat überall Wurzeln, die lange zurück reichen.
- Er hat eine technologische und wirtschaftliche Dimension. Gleichzeitig ist er ein Werte-Begriff. Er löst die richtigen Assoziationen im Hinblick auf kulturelle und moralisch-normative Werte aus. Und schließlich:
- Er ist auch heute ein Konfliktbegriff. Es geht um die langfristige Erhaltung der Lebensgrundlagen im Brennpunkt auseinandergender Interessen.

Die Brundtland-Kommission hat die Begriffe Umwelt und den ökonomischen Begriff der Entwicklung zusammengebracht. Das war eine Innovation und das Wort musste erst mit Leben gefüllt werden. In der Zwischenzeit hat sich einiges getan beim Thema Nachhaltigkeit.

1. Nachhaltigkeit ist in der Politik angekommen. Früher eine Floskel in Sonntagsreden, wird sie nun werktags stark strapaziert. Beinahe jede Partei beansprucht Nachhaltigkeit für sich – auch wenn das Wort unterschiedlich gefüllt wird und die Wege zur Nachhaltigkeit unterschiedlich beschrieben werden. Mal mehr, mal weniger liberal, wirtschaftsfreundlich oder umweltorientiert, je nach Couleur. Und manchmal wird Nachhaltigkeit auch einfach nur synonym für eine dauerhafte Entwicklung verwendet.

2. Nachhaltigkeit ist in der Wirtschaft angekommen. Waren bislang die Nachhaltigkeitsmanager noch die Spinner im Unternehmen, die das Kapital des Unternehmens oder der Aktionäre vergeudeten, sind sie nun gefragt auf der Suche nach verlässlicher Orientierung für das eigene unternehmerische Handeln. Vertrauen ist der Anfang von allem. Wer sie verspielt, verliert seine Geschäftsgrundlage, seine licence to operate. Was das bedeutet, sehen wir momentan in der Versicherungs- und Finanzwirtschaft.
3. Nachhaltigkeit ist in der Gesellschaft angekommen. Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, Industrieverbände, Akademien, Wissenschaft und Verbraucher beschäftigen sich damit. Es gibt neue, kaufkräftige Konsumentengruppen, die von der glitzernden Produktwelt der LOHAS heftig umworben wird. Sie sollen konsumieren, das ist klar, doch unter dem Vorzeichen von Nachhaltigkeit und Gesundheit. Aber es gibt auch zunehmend nachhaltige Produkte im Discounter und die Sensibilität für regionale Produkte steigt wieder.

Nachhaltigkeit ist im Mainstream, in die Mitte der Gesellschaft angekommen – doch Nachhaltigkeit ist noch nicht Mainstream geworden. Nachhaltigkeit ist Nische, nicht breite Masse – aber es ist viel in Bewegung gekommen.

- Die Zeit der eindimensionalen Lösungen ist vorbei. Wir werden den Herausforderungen der Zukunft nicht wirkungsvoll begegnen können, wenn wir die Lebensbereiche isoliert voneinander betrachten. Nur in einer intakten Umwelt können wir die Strukturen, die Armut und Ungerechtigkeit überwinden. Nur wenn wir die Bedürfnisse armer Menschen respektieren, können wir zu einvernehmlich tragfähigen Lösungen hierzulande und weltweit kommen. Der soziale Frieden ist eine Bedingung für einen umfassenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstand.
- Und die Zeit des schwarzen Peters ist vorbei. Es geht nicht mehr, dass wir mit dem Finger auf andere zeigen und sagen: „Der soll anfangen, was habe ich damit zu tun?“ Wer mit dem Finger auf andere zeigt, zeigt mit drei Fingern auf sich selbst. Nachhaltigkeit fordert jeden Einzelnen von uns und ist alles andere als eine einfache Formel zum Glücklichen und Wohlfühlen. Sie ist eine Herausforderung zum Streit

über die richtigen Wege. Dieser Herausforderung können wir zukünftig immer weniger ausweichen. Das bringt der Klimawandel mit sich. Die Finanzkrise legt es an den Tag: die völlige Verabsolutierung des Ökonomischen führt in die Sackgasse.

II

Das Jahr 2007 war ganz sicher das Jahr der Klimakrise. Und dazu gehört eben nicht nur der Nobelpreis an Al Gore und den IPCC, den Intergovernmental Panel on Climate Change der Vereinten Nationen. Im IPCC haben sich Wissenschaftler zusammengeschlossen und haben eine Plattform bei den Vereinten Nationen bekommen, um aus ihrer Sicht und in ihrer Verantwortung zu sagen, was es mit dem Klimawandel auf sich hat. Sind die Prognosen zutreffend, und wie ist es eigentlich einzuschätzen? Gelegentlich hört man noch skeptische Zwischenrufe: Nun ja, in der Geschichte der Menschheit gab es immer mal wieder Zeiten, da wurde es ein bisschen wärmer, und dann wurde es ein bisschen kälter, und das ist jetzt halt auch wieder so, und was soll eigentlich die ganze Aufregung? Aber ich meine, diese Art von Diskussion ist vorbei. Und daran hat der IPCC einen wesentlichen Anteil.

Gelegentlich hat man aber auch den Eindruck, die Menschen meinen, wir seien schon in der Phase der Lösung der Probleme. Davon kann indessen keine Rede sein. Die Emissionen steigen in allen Regionen der Welt, auf allen Kontinenten der Welt nach wie vor.

Und gerade die letzten zwei Jahre sind keineswegs verheißungsvoll. Die Emissionen steigen immer rasanter: Seit dem Jahr 2000 ist die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre vier Mal schneller gestiegen als im Jahrzehnt davor. Verheißungsvoll war dagegen der Bericht von Sir Nicholas Stern, der im Auftrag der britischen Regierung strikt ökonomisch der Frage nachgegangen ist, wie es eigentlich zu beurteilen ist, was da passiert. Sir Stern kommt zu einem überraschenden Ergebnis in einem umfangreichen Bericht. Er sagt, wenn wir jetzt handeln und Maßnahmen ergreifen, um so in etwa das Ziel zu erreichen, den Klimawandel bei zwei Grad Celsius Anstieg zu stoppen, dann wird man viel Geld in die Hand nehmen müssen. Er schätzt bis zu einem Prozent des Bruttosozialprodukts. Nur, wenn man nichts macht, so fährt Stern fort, gehen die Folgen in ökonomische Größenordnungen bis zu fünf Prozent des Bruttosozialprodukts. Nicht berücksichtigt bei seinen Szenarien sind die gewaltigen Flüchtlingsströme, die bei einer Klimaerwärmung von 2° und mehr aus ihren verletzlichen Regionen flüchten werden.

Ich möchte Sie gerne konfrontieren mit einer Aussage, die Bundeskanzlerin Merkel auf unserer Jahreskonferenz letztes Jahr eindrucksvoll eingebracht hat: Wir werden die Emissionsbelastungen in der Zukunft nicht mehr Land pro Land festlegen können, sondern man wird sich daran zu orientieren haben, wie viele Menschen dort leben. Entsprechend dem Prinzip one man – one vote. Das heißt, es muss so was wie eine Pro-Kopf-Berechnung für das Recht geben, CO₂ zu emittieren. Nur so lässt sich Kohlenstoffgerechtigkeit erreichen. Wenn man sich die Konsequenzen dieser Forderung genau überlegt, kommt man zu ganz neuen Bündnissen, zu ganz neuen Zusammenhängen, aber auch zu einer neuen Ehrlichkeit. Wir können nicht länger sagen, die Chinesen sollen jetzt mal mit der CO₂-Reduktion anfangen, sondern wir erkennen ehrlicher Weise, dass wir in der Pflicht sind, unsere CO₂-Emissionen, die hierzulande bei 11 Tonnen pro Kopf der Bevölkerung liegen, auf zwei Tonnen zu reduzieren. In Anbetracht dieser Zahl wird deutlich, wie radikal die Veränderungen in unseren Gewohnheiten sein müssen.

III

Wir müssen anfangen, umzudenken – auch in Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Strukturveränderungen, die damit einhergehen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels werden sich die Bedürfnisse verändern, etwa hinsichtlich Bauen und Wohnen aber auch der Infrastruktur.

Wenn von Demografie die Rede ist, denken die meisten nur an das Rentenproblem. Der Rat hat deshalb 2005 eine Studie beauftragt, die vor dem Hintergrund des sehr unterschiedlich verlaufenden demografischen Wandels die Auswirkungen auf verschiedene Lebensbereiche und deren Wechselwirkungen beschreibt. Wir machten uns auf die Suche nach Erbschaften und Erblasten. „Unterm Strich“: wir haben versucht neben den oft beschriebenen negativen Auswirkungen einer alternden Gesellschaft auch positive Lösungsansätze zu beschreiben.

Während 2050 die Bevölkerung nach Berechnungen der UNEP auf weltweit 9 Milliarden Menschen anwachsen wird, geht das Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung davon aus, dass ohne massive Zuwanderung die Bevölkerung in der Bundesrepublik auf 60 Millionen Menschen schrumpfen wird. Die Auswirkungen der alternden Gesellschaft auf

Sozial, Renten- und Gesundheitssysteme sind schon vielfältig unter dem finanziellen Aspekt diskutiert worden.

Schauen wir unsere Wirtschaftseliten an. Sie sind geschult worden in der Theorie des Wachstums, aber nie in der Frage: Wie gestalten wir Schrumpfung? Wie gehen wir mit Stagnation um? Der wichtigste Gedanke dabei ist: es geht nicht um Verzicht, sondern es geht darum, wie wir auch für künftige Generationen Wohlstand schaffen können. Auch in einer schrumpfenden Gesellschaft gibt es Gestaltungsmöglichkeiten. Dafür müssen wir uns von lieb gewordenen Leitbildern trennen. Das wird besonders deutlich am Beispiel der Stadt.

IV

Die Charta von Athen stammt aus der Feder der Avantgarde der Stadtplaner aus den 20er und 30er Jahren. Die Menschen litten unter den Lebensbedingungen in Zeiten der Industrialisierung. Unter der Federführung des Architekten Le Corbusier wurde das Fundament für die moderne Stadtplanung gelegt, in der den Menschen „Raum, frische Luft und Sonne“ in neuen Hochhaussiedlungen in ländlicher Umgebung geboten werden sollte. Das Ideal war die autogerechte Stadt, die auch in der Bundesrepublik zum Leitbild für den Wiederaufbau wurde. Damit wurde eine Entmischung vorangetrieben, die Trennung der Funktionen, von Wohnen, Arbeit und Freizeit. Die Stadt wurde zunehmend gesichtsloser, verlor Charakter.

Heute haben wir einerseits ganz positive Entwicklungen, ein großes Wohnraumangebot, bei dem die technischen Standards und Komfort seit dem Zweiten Weltkrieg stetig gestiegen sind. Es ist eine recht kompakte Siedlungs- und Versorgungsstruktur mit kommunaler Selbstverwaltung und Planungshoheit gewachsen und eine Stadtkultur, die in der Tradition von Veränderung steht.

Auf der anderen Seite haben wir aber auch einige Erblasten:

- Wir sehen die Trennung von Bevölkerungsgruppen, Leerstand und Problemzonen,
- die Lebensqualität ist durch Luft- und Lärmbelastung eingeschränkt und es gibt eine vergleichsweise höhere Unfallgefahr als auf dem Land,
- wir haben trotz dem Ideal der kompakten Stadt einen hohen Mobilitätsbedarf, wir erhöhen ihn laufend mit Einkaufszentren auf der grünen Wiese,
- und einen hohen Anteil von Altbauten, die dringend energetisch saniert und dem Strukturwandel in den Städten angepasst werden müssten.

Wir wissen noch nicht genau, wie es weitergeht. Aber: Die Trennung von Arbeit, Wohnen und Freizeit wird sich ganz sicherlich nicht fortsetzen. Das heißt, um es klar und deutlich zu sagen, die Charta von Athen ist tot. Wir haben keine neue bis jetzt. Es gibt eine hochinteressante Suche danach, wie die Stadt der Zukunft eigentlich aussehen soll. Einer der Ansatzpunkte: eine Stadt der kurzen Wege zu schaffen. Die Stadt wird wieder zum attraktiven Wohn-, Arbeits- und Lebensort für alle Generationen. Gerade hier in Freiburg gibt es gute Beispiele, wie es gelingen kann, bürgerschaftliches Engagement und Zusammenhalt in der sozialen Stadt zu stärken.

In unseren Städten und Gemeinden gibt es ein Wachsen und Schrumpfen – und zwar sehr oft gleichzeitig. Aber in diesem Schrumpfungsprozess gibt es einige Städte, Regionen und Teilgebiete, die gleichzeitig wachsen. Wir haben ein Riesenproblem mit der Infrastruktur. Wir müssen lernen wie eigentlich mit dieser Dynamik umgegangen wird und wie die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu beurteilen ist in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft. Das heißt, wir haben die Notwendigkeit, über die Zukunft unserer Städte neu nachzudenken. Und es wäre an der Zeit, dass man den Versuch macht, noch einmal neu die geistigen Grundlagen dafür, wie unsere Städte in der Zukunft eigentlich aussehen sollen, neu zu formulieren. Richtig ist auf jeden Fall, was Sir Nicholas Stern in seinem Report gesagt hat: Wer Energie sparen will, der muss in den Städten anfangen. Dazu gehört für mich auch Subsidiarität, die Stärkung dezentraler Strukturen.

Die Verantwortung liegt vor Ort: Dazu gehört auch das Thema Flächeninanspruchnahme. Wie viele Quadratmeter braucht der Mensch zum Wohnen? Und wir haben auch festgestellt, dass die Generationskosten systematisch unterschätzt werden. Die Stadt, das ist ein ganz großes Zukunftsthema. Und das hat dann eben nicht nur mit Energie und Klima zu tun. Das hat was

zu tun mit der Frage der Ästhetik im öffentlichen Raum, das hat was mit Lebensstil zu tun, und es hat was mit dem Zusammenhalt der Menschen zu tun. Sind es eigentlich Orte, wo Parallelgesellschaften zusammenfinden? Orte des Zusammenhalts von Menschen?

Diese Frage ist keineswegs entschieden. Nach wie vor weisen Kommunen noch Neubauf Flächen aus, ohne zu wissen, wer diese Flächen eigentlich bebauen soll. Sie merken nicht, wie sie das ökologische Kapital un bebauter Flächen für teures Geld verschleudern. Mit der Ausdehnung der Wohngebiete gehen hohe Folgekosten einher für den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur, Verkehr, Versorgung und Entsorgung und weiter steigenden Energieverbräuchen. Besonders in schrumpfenden Regionen wie in Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Teilen Ostdeutschlands zeigt sich, wie teuer nicht ausgelastete Infrastruktur werden kann.

Wir müssen unsere Infrastruktur so anpassen, dass Sie sich wandelnden Mobilitäts- und Wohnverhalten genügt. Ansätze wie Mehrgenerationenhäuser und die Integration der verschiedenen kulturellen Hintergründe sind gute Anfänge. Bundesfamilienministerin von der Leyen hat das als ihr Thema in Zeiten der Patchworkfamilien und aufbrechenden Familienstrukturen entdeckt und hat dazu ein Bundesprogramm zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern aufgelegt.

Doch wir dürfen im Hinblick auf Familien nicht bei den Mehrgenerationenhäusern stehen bleiben. Vielmehr müssen wir uns stadtplanerisch auf den Weg zu Mehrgenerationen-Vierteln machen. Das bedeutet im Klartext, innovative Konzepte bieten gleichermaßen Infrastruktur für Jung und Alt. Es gibt sie, die Zukunftswerkstätten in Baden-Württemberg. Es gibt Freiwilligen-Agenturen, die Ehrenamt wirksam stärken.

Die Stadt der kurzen Wege ist eine familienfreundliche Stadt, egal ob wir hierbei die klassische Familie im Sinn haben, oder ganz neue Formen des Zusammenlebens von Jung und Alt. Wohnortnahe Einkaufs- und Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die Schule gleich neben dem Altersheim, die ärztliche Versorgung, kulturelle Angebote und Bürgerhäuser um die Ecke ebnen den Weg für zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

Die neue Stadt kann den alten europäischen Traum unter anderen Vorzeichen neu beleben. Die Abwägung, was sinnvoll ist, wird von Ort zu Ort verschieden sein. Was wir hier brauchen

ist einen offenen und transparenten Politikstil, der die Bürger beteiligt und sie einbezieht. Modelle wie der Bürgerhaushalt sind gute Beispiele dafür, wie so ein gesellschaftlicher Diskussionsprozess vernünftig und mit der gebotenen Verbindlichkeit geführt werden kann. Dabei stehen wir erst am Anfang dessen, was möglich ist. Nochmals, um es ganz deutlich zu machen: Nachhaltigkeit ist kein Rezept, es ist ein Krisenbegriff, eine Aufforderung zum Streit.

Familien ziehen immernoch eher aufs Land, um die Kinder in einer in jeder Hinsicht gesunden Umgebung aufwachsen zu lassen. Doch das freistehende Einfamilienhaus ist die energetisch ungünstigste Wohnform. Wir stehen an der Schwelle und haben die Freiheit uns zu entscheiden, welche Probleme wir lösen wollen: die von gestern oder die von morgen.

V

Eine lange Zeit wurde das Thema Energie unterschätzt. In Deutschland ist die McKinsey-Studie zu den Kosten und Chancen der CO₂-Reduktion ein hochinteressanter Beitrag, weil nicht gesagt wurde, sozusagen top down, macht dies und jenes, und das rechnet sich. Vielmehr kommen sie mit einer bottom-up Perspektive zu dem Schluss, was sich rechnet in ökonomischen Größenordnungen, wenn wir uns mit Energieeffizienz und Klimawandel auseinandersetzen. McKinsey kommt immerhin zu dem Ergebnis, dass bis zu 30 % CO₂-Reduktionen mit den heute bestehenden Technologien wirtschaftlich gehoben werden können. Das müsste doch ein Ansporn sein!

In der Klimabelastung liegen die Gebäude noch vor dem Verkehrssektor und der Industrie. Und 80 % der Energie fallen in der Nutzungsphase von Gebäuden an. Grüne Immobilien werden momentan noch völlig falsch eingeschätzt. Ihre Kosten werden überschätzt, ihr Nutzen wird unterschätzt. Gerade in der Ökonomie müssen Kosten und Nutzen betrachtet werden. Das liegt ja alles auf genau der gleichen Linie, auf der auch Sir Stern argumentiert. Man muss noch hinzufügen und das macht das Problem etwas schwieriger: Die Privathaushalte in der Bundesrepublik sind für mehr CO₂-Emissionen verantwortlich als die Gesamtheit der deutschen Industrie. Das ist wenigen bewusst. Aber es ist eine Realität. Das heißt, wenn wir über CO₂-Reduktion reden, dann werden wir nicht nur über die Produzenten unseres Wirtschaftssystems reden müssen, sondern wir müssen auch ganz wesentlich über die Konsumenten reden und wie wir sie – uns alle - dazu bringen, dass sie ihr Verhalten

entsprechend verändern. Und ich begrüße es sehr, dass in der Wirtschaft, jedenfalls von wichtigen Vertretern, erklärt wurde, die Nachhaltigkeit sei eine Lizenz zur Zukunftsfähigkeit.

Wir haben drei Stufen der Klimapolitik: In Deutschland bewegen wir uns im Augenblick in der ersten Stufe; sie heißt Reduzierung. Die zweite Stufe heißt Low Carbon Economy. In diesem Zusammenhang eine Nebenbemerkung: Überhaupt nicht nachvollziehen ist die Arroganz und Überheblichkeit, mit der gelegentlich bei uns über China geredet wird. Auch der Hinweis, dass die Chinesen jede Woche ein Kohlekraftwerk in Gang setzen, ist eine Hälfte der Wahrheit.

Klaus Töpfer, mein Stellvertreter im Rat, der die chinesische Regierung intensiv berät, sagt, dass China vermutlich in diesem Jahr die eigenen CO₂-Reduktionsziele, zu denen sie sich verpflichtet haben, erreichen. Kein Mensch redet bei uns darüber, was die Chinesen an fürchterlichen kleinen Dreckschleudern stilllegen, weil sie diese Altanlagen ersetzen durch einigermaßen moderne Kohlekraftwerke. Aber es wäre den Schweiß der Edlen wert, wenn man nicht nur arrogant und ohne Tiefgang darüber reden, sondern fragen würde, was für eine Technologie die Chinesen eigentlich brauchen, wenn sie ihr Energieproblem lösen wollen.

Der Rat für Nachhaltigkeit hat vor vier Jahren bereits dafür plädiert, die deutsche Kohletechnologie entscheidend voranzubringen; und zwar eindeutig mit Blick auf die globale Herausforderung des Klimaschutzes. Denn wir brauchen die Kohle für die nächsten 20-30 Jahre auf jeden Fall noch. Und deswegen ist moderne Kohletechnologie – und ich rede insbesondere von der kontrollierten Abscheidung und Lagerung von CO₂ – ein Weg, der gegangen werden muss, wenn die Kohle weltweit auch weiter akzeptiert und genutzt werden soll. Das ist keine Technologie, die wir in erster Linie für uns zuhause brauchen, sondern das ist etwas, das wir brauchen, wenn wir das Weltenergiesystem einigermaßen in Übereinstimmung mit einer nachhaltigen Entwicklung halten wollen. Es ist eine Brückentechnologie für die nächsten 20-30 Jahre, nach meiner Einschätzung. Also, das ist die zweite Phase, die Low Carbon Economy.

Und die Dritte ist, ich komme darauf nachher nochmals zurück, die Carbon Neutral Economy, die kohlenstoffneutrale Wirtschaftsentwicklung. Schon gibt es einzelne Unternehmen, die sich das zur Aufgabe machen. Aber es gibt nur ein einziges Land der Welt, das sich dieses Ziel gesetzt hat, wohlwissend, dass das eine ganz langfristige und ambitionierte Zielsetzung ist.

Das ist Neuseeland. Die Neuseeländer haben gesagt, sie wollen das erste Land sein, das eine nachhaltige Entwicklung in seinem eigenen Land verwirklicht, in allen Bereichen der Politik, auch im Hinblick auf den Klimaschutz.

Leider Gottes ist die öffentliche Hand in Deutschland eher ein schlechtes Vorbild, wenn man den Umgang mit den eigenen Immobilien ansieht. In der Art, wie die öffentliche Beschaffung organisiert ist, sind wir weit von sinnvollen Lösungen entfernt. Sie folgt vor allem dem Motto „Geiz ist geil“. Es gibt da viele Worte, aber gerade im Immobilienbereich der öffentlichen Hand bleibt von einer Lebenszykluskostenbetrachtung geschweige denn von einem Lebenszyklusmanagement nicht viel übrig.

Klimaschutz ist ein Megathema unserer Zeit. Es geht darum, dieses Zeichen zu erkennen und richtig zu deuten, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Das Informationsdefizit bei der Sanierung liegt im Wesentlichen bei der öffentlichen Hand – nicht bei den Architekten und der Bauwirtschaft. Grünes Bauen bedeutet mehr als geringer Energieeinsatz. Die notwendige, zu entwickelnde, zu verstärkende Kooperation zwischen Planer, Entwickler, Betreiber und Nutzer ist noch zu wenig beachtet. Und damit kommen wir auch auf den Energieausweis, dessen gesetzliche Anforderungen nicht ausreichen und wenig helfen. Ich teile diese Einschätzung und habe das auch unsere Bundesregierung wissen lassen. Ich finde, der Energieausweis ist ein notwendiger Schritt, aber einer, der, gemessen an dem, was eigentlich möglich gewesen wäre, eher durch Verzögerung geprägt ist. Wir brauchen sehr viel mehr, wenn wir wirklich vorankommen wollen.

Energie-Contracting wäre so etwas. Und dann heißt es – ich zitiere mal aus einer Stellungnahme der Bundesregierung neuesten Datums: „In der Bauwirtschaft, die nachhaltiges Bauen auch als Wettbewerbsvorteil zunehmend erkennt, besteht insbesondere die Forderung nach einer mit abgestimmten Methoden und Berechnungsgrundlagen bundesweit einheitlichen Gebührenzertifizierung, um mit einem geschützten Qualitätszeichen, Label, vergleichbar der Stiftung Warentest auch international mit deutscher Spitzentechnologie und Innovation werben zu können.“ Ende des Zitats. Wunderbar! Nur: Es hat ziemlich wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Oder aus der gleichen Stellungnahme: „Bei Planung, Ausführung, Unterhalt und Betrieb der Gebäude werden Energiesparpotenziale konsequent genutzt im Bereich des Bundes, um Betriebskosten dauerhaft zu senken und die

Selbstverpflichtung der Bundesregierung zur Reduzierung der CO₂-Emissionen zu erfüllen.“
Ende des Zitats. Das sind schöne Ziele. Nur: Mittlerweile gibt es einen Bericht des Bundesrechnungshofs, der eine ganz andere Sprache spricht: Die Bundesregierung kann ganz überwiegend nicht beurteilen – wörtlich – ob die Gebäude in ihrem Vermögensbereich wirtschaftlich geplant und betrieben werden. Es gibt keine verlässlichen Kostenunterlagen, sie sind nicht vollständig und nicht ordnungsgemäß. Der Bundesrechnungshof formuliert hier noch nicht mal mit Relativierungen, sondern sehr hart. Ein Vergleich der geplanten mit den nach Inbetriebnahme tatsächlich entstandenen Baunutzungskosten war aufgrund unvollständiger Daten nur in wenigen Fällen möglich.

Und die ausgewiesenen Baunutzungskosten waren in den Fällen, in denen sie überprüft wurden, um 30 % zu niedrig angesetzt als die tatsächlichen Kosten. All das sind Beispiele, die zeigen, dass es zwar viele schöne Worte sind, aber dass diese nicht wirklich tatkräftig angegangen werden.

Das ist ein Thema, das mich umtreibt. Es gibt kein Defizit an Zielen, aber ein Defizit in der Umsetzung, im Handwerk.

Ich bin ein Mensch, der sein Leben im Beruf zur einen Hälfte in der Politik, zur anderen in der Privatwirtschaft zugebracht hat. Das Management der öffentlichen Dinge, wie ich es nenne, ist sehr unterentwickelt und keineswegs in einem Zustand, der befriedigend ist. Das gilt auch ganz besonders für die öffentliche Beschaffung. Auch dort finden Nachhaltigkeitsgesichtspunkte viel zu wenig Beachtung. Leider gibt es keine oder nur ganz wenige Architektenwettbewerbe, bei denen die Lebenszykluskosten Teil der Ausschreibung sind. Das ist eine Entwicklung, an der wird man ganz sicherlich arbeiten müssen und es noch weiter vorantreiben müssen. Das gilt für die öffentliche Hand, aber auch im Bereich der Privatwirtschaft.

Zum Schluss möchte ich einen Ausblick auf die Zukunft wagen. Wir werden unsere Gewohnheiten überdenken. Der Wandel der Stadt wird anhalten und wird noch viele Überraschungen bringen. Der Stadt gehört die Zukunft, aber wir müssen sie neu erfinden. Nachhaltigkeit kann helfen, die richtigen Fragen zu stellen: Dafür muss sie raus aus der Hamoniecke. Wenn ihr das gelingt, hat der Begriff seine Zukunft noch vor sich.